

Handeln aus Verantwortung – Patenschaften für Geflüchtete

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der großen Zahl an geflüchteten Menschen, die im letzten Jahr nach Deutschland gekommen sind, haben wir neue gesellschaftliche Herausforderungen vor uns, denen wir uns stellen müssen. Dabei sehen wir die Ankommenden nicht als Bedrohung, sondern die damit verbundene Frage der Aufnahme und Integration als große gemeinsame Gestaltungsaufgabe.

Dazu tragen die Seniorenbüros und viele ältere Freiwillige ihren Teil bei. Deshalb war es für uns keine Frage, dass wir am Programm „Menschen stärken Menschen“ des Bundesfamilienministeriums (BMFSFJ) mitwirken. Unserem Aufruf sind bis heute 20 Standorte gefolgt, die sich an dem gemeinsamen Projekt „Alt für Jung-Patenschaften – Seniorenbüros unterstützen Geflüchtete“ beteiligen. Die bislang gemachten Erfahrungen zeigen uns: Die Begegnung der älteren Aktiven mit den geflüchteten Menschen ist für beide Seiten ein Gewinn. Zudem wollen wir damit auch ein Zeichen für Toleranz und ein solidarisches Miteinander setzen.

Die vorliegende Ausgabe mit „Denkanstößen“ zeigt erste Erfahrungen aus dem Patenschaftsprojekt auf, das wir auch in den Folgejahren fortsetzen werden. Eine motivierende Lektüre wünsche ich Ihnen!

Herzlich

Ihr



Franz-Ludwig Blömker, Vorsitzender der BaS



Schaffen wir das?

Krieg, Verfolgung und Armut sind die Gründe für millionenfache Flucht. Die Vereinten Nationen sprechen von weltweit 60 Millionen Menschen, die innerhalb und außerhalb ihres Heimatlandes vertrieben werden oder aus verzweifelter Situation entkommen. Diese unfreiwilligen Wanderungsbewegungen haben in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen, weil es der Weltgemeinschaft immer noch nicht gelingt, die Ursachen für Flucht und Vertreibung wirkungsvoll zu bekämpfen. Ist es notwendig zu erwähnen, dass es sich dabei um Menschen handelt, die nach internationalem Recht Anspruch auf unseren Schutz haben?

Deutschland, bislang durch seine zentrale Lage in der Europäischen Union relativ wenig betroffen, bekam im letzten Jahr den Zustrom jedoch umso stärker zu spüren. Die Rede ist von annähernd einer Millionen Menschen – abgesicherte Zahlen liegen hierzu immer noch nicht vor – aus Syrien, Irak, Afghanistan, Iran und zahlreichen anderen Staaten. Möglich war dies durch die humanitäre Haltung der Bundesregierung, die den Zugang für die Geflüchteten freimachte, welche sich über die Balkanroute auf den Weg zu uns gemacht hatten und von den Transitländern keine würdige Aufnahme erhielten. Getragen war diese Politik zu jenem Zeitpunkt von dem breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Hilfe hier ein Gebot der Mitmenschlichkeit ist.

Die Ankommenden, geflüchtet unter teilweise unvorstellbaren Umständen, waren erst einmal mit dem Nötigsten zu versorgen. Mit dieser Aufgabe zeigten sich manche Kommunen und öffentliche Stellen aber zunächst überfordert. Es kam teilweise zu unhaltbaren Zuständen, die viele Einheimische zu eigenem Engagement bewegten. In bisher nicht bekanntem Ausmaß brachten sich die Menschen in der Erstversorgung mit Nahrung, Kleidung und Dingen des täglichen Bedarfs ein. Wir sprechen von der so genannten Willkommenskultur, für die Deutschland weltweit Anerkennung findet. Vorherrschend war eine positive Grundstimmung, die sich in dem inzwischen geflügelten Ausspruch der Bundeskanzlerin „Wir schaffen das!“ ausdrückte.

Und heute? Es scheint so, als habe sich die weitverbreitete Zuversicht verflüchtigt und sei einer eher skeptischen Einschätzung gewichen. Einen Wendepunkt in der öffentlichen Wahrnehmung stellten hierbei sicher die Sylvesterereignisse am Kölner Hauptbahnhof dar. Auch die Anschläge islamistischer Einzeltäter haben viele Menschen verunsichert. Aber dürfen deshalb alle zu uns Geflohenen unter einen Generalverdacht gestellt werden? Begleitet und angeheizt wird die Stimmung durch rechtspopulistische Kräfte, die Ängste und Ablehnung „besorgter Bürger“ schüren. Nicht zu sprechen von zunehmenden tätlichen Angriffen gegen Menschen und Einrichtungen.

Bei den Regierenden ist inzwischen eine gewisse Verzögerung festzustellen. Kaum jemand mag sich noch – vielleicht aus wahltaktischem Kalkül – offensiv zur ehemals ausgerufenen Willkommenskultur bekennen.

Begegnung und Unterstützung

Nicht so bei der BaS, vielen Seniorenbüros und anderen Initiativen vor Ort. Sie haben erkannt, dass dieser Prozess des Hineinwachsens eine langfristige Aufgabe ist, die nur mit dem Engagement aller gesellschaftlichen Kräfte gemeistert werden kann. Es geht nicht nur um das einmalige „Willkommen“, sondern auch um das dauerhafte „Ankommen“ in unserer Gesellschaft.

Die soziale Einbindung durch Wohnen, Bildung und Arbeit benötigt neben der regulären Aufgabenwahr-

nehmung durch staatliche und kommunale Stellen, neben dem ernsthaften Bemühen der Wirtschaft, auch die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft. Hier sind die gemeinnützigen Organisationen und Verbände gefordert und letztlich jede und jeder Einzelne gefragt, sich nach den eigenen Möglichkeiten einzubringen. Die bei anderen Einwanderungswellen gemachten Fehler und Versäumnisse sollten nicht wiederholt werden. Aus dem Nebeneinander muss – zumindest mittelfristig – ein Miteinander werden. Es geht dabei nicht um eine einseitige Anpassungsleistung der geflohenen Menschen, sondern um ein Aufeinander-Zugehen. Nur so kann ein wechselseitiges Verständnis und sozialer Zusammenhalt entstehen.

Alt für Jung-Patenschaften der BaS

Es haben sich vielerorts Initiativen gebildet, die die Geflüchteten von Anfang an intensiv begleiten, sodass ein gegenseitiges Kennenlernen möglich wird und der Zugang zur Aufnahmegesellschaft leichter fällt. Dabei sind ältere Menschen aktiv mit vorne dabei, denn sie bringen Zeit und Kompetenzen ein, die gut gebraucht werden können. Manche von ihnen haben auch familiäre Fluchterfahrungen und können so die schwierige Situation der Ankommenden aus eigenem Erleben nachempfinden. Diese sind im Durchschnitt deutlich jünger als die Einheimischen, deshalb lag für die BaS der Ansatz „Alt für Jung-Patenschaften“ nahe. An 20 Standorten bundesweit werden von den Seniorenbüros 500 Patenschaften für Geflüchtete in verschiedenen Lebensaltern gestiftet. Als Patinnen und Paten werden vorrangig lebenserfahrene Menschen angesprochen, die sowohl Einzelpersonen aber auch Familien von Geflüchteten unterstützen und begleiten. Die Ausgestaltung der Patenschaften ist bewusst offen gehalten, wichtig sind die Begegnung und das gegenseitige Kennenlernen. Der Aufbau dieses Ansatzes wird durch einen moderierten Erfahrungsaustausch begleitet, um den Wissenstransfer untereinander zu fördern. Die BaS unterstützt die lokalen Aktivitäten durch Online-Seminare, Projektbesuche und fachliche Beratung.

Die Umsetzung sieht an den Standorten ganz unterschiedlich aus. Vielfach werden in Kooperation mit Flüchtlingsinitiativen ergänzende Sprachkurse durchgeführt, Projekte wie Fahrradwerkstätten



aufgebaut oder Kunstprojekte initiiert. Wichtig ist aber auch: Es sollen keine professionellen Hilfeleistungen ersetzt werden.

”

„Wir versuchen die offiziellen Maßnahmen durch eine persönliche Betreuung zu begleiten und individuell zu ergänzen. Sicher keine leichte Aufgabe, aber sie lässt uns auch über den Teller- rand unseres gut eingerichteten deutschen Lebensabends hinausschauen.“

(Barbara Heddendorf, Seniorenbüro Hanau)

Chancen und Grenzen

Die Rückmeldungen aus den beteiligten Seniorenbüros zeigen, dass die Bundesförderung zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist und vielerorts die Aktivitäten in der Flüchtlingshilfe sinnvoll unterstützen kann. In der Praxis erweist sich, dass es zumeist kein Problem ist, engagierte Ältere für die freiwillige Arbeit mit Geflüchteten zu finden. Die Bereitschaft, sich hier einzubringen, ist offenbar gerade bei Seniorinnen und Senioren groß. Dennoch ist die Zusammenführung, im Fachjargon das Matching, beider Seiten eine verantwortungsvolle Aufgabe der Seniorenbüros vor Ort. Das Projekt kann dabei jedoch auf die langjährige Erfahrung der Einrichtungen bei der passgenauen Vermittlung von Freiwilligen und in unterschiedlichen Mentoringprojekten bauen.

Bedürfnisse und Erwartungen der Neuankommenden sowie die Kompetenzen und Ressourcen der Engagierten müssen geklärt werden, damit es nicht zu übersteigerten Erwartungen einerseits und zu möglichen Überforderungen andererseits kommt. Und natürlich müssen sich die Personen grundsätzlich sympathisch sein, damit ein gegenseitiges Vertrauen entwickelt werden kann. Also: „Die Chemie muss stimmen.“

Als hilfreich hat es sich erwiesen, wenn eine grundlegende Qualifizierung für die Patinnen und Paten angeboten wird, welche die schwierige Situation der Geflüchteten verständlicher macht. Hierzu gehören die Skizzierung der rechtlichen Rahmenbedingungen und ein Überblick über die vorhandenen Hilfesysteme. Dadurch werden außerdem die wohlverstandenen Grenzen dieses Ansatzes deutlich, der keine Patentlösung für alle auftretenden Probleme der Ankommenden sein kann.

Auch die Begleitung und der Austausch der Patinnen und Paten untereinander sind wichtig und müssen durch die örtliche Koordination angemessen unterstützt werden. Überhaupt nehmen die lokalen Seniorenbüros eine wichtige Funktion der Steuerung ein. Hier ist ein gutes Gespür für die richtige Balance zwischen dem Vertrauen in die Handlungskompetenz der Freiwilligen und einer mitunter doch notwendigen Intervention erforderlich. Es sollen eben keine „allzuständigen Einzelkämpfer“ herangebildet, sondern besser ein gemeinsames Verständnis des

Patenschaftskonzepts entwickelt werden. Dies ist jedoch vor Ort mit hohem personellem Aufwand verbunden, der nicht allein durch die jetzige Projektförderung abgedeckt wird.

Vernetzung und Kooperation

Es liegt auf der Hand, dass die wirkungsvolle Umsetzung der Patenschaften vor Ort eine gute fachliche Vernetzung und die vertiefte Kooperation im lokalen Raum voraussetzt. Die Seniorenbüros waren bislang kaum im Feld der Arbeit mit Geflüchteten aktiv und arbeiten deshalb vielfach mit Flüchtlingsinitiativen und anderen örtlichen Akteuren zusammen. Wichtig ist auch eine gute Verankerung der Seniorenbüros in der Kommune. Dann können sie eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen den zivilgesellschaftlichen Aktivitäten und den Regelangeboten der öffentlichen Seite einnehmen. Es braucht hier einen abgestimmten Verantwortungsmix und kein Verschieben von Aufgaben in den Bereich des Ehrenamts. Denn auch hier gilt: Freiwillige sind nicht die „Hilfstruppe“ des Sozialstaats. Vielmehr bringen sie aus eigenem Antrieb Zeit und Energie ein, die für die ankommenden Menschen den Zugang zu unserer Gesellschaft erleichtert. Ziel ist, dass sich beide Seiten auf Augenhöhe begegnen und Selbstständigkeit unterstützt wird.

So gesehen überwiegen ganz eindeutig die positiven Erfahrungen, die nicht nur im BaS-Projekt, sondern auch in den anderen Patenschaftsansätzen im Bundesprogramm „Menschen stärken Menschen“ bislang gesammelt werden konnten. Dies zeigt der Fachaustausch der Träger untereinander. Im besten Fall handelt es sich, neben der konkreten Unterstützung der Geflüchteten durch die Freiwilligen, um einen gemeinsamen Lernprozess, der Verständnis und Akzeptanz

für die unterschiedlichen Kulturen schafft. Er kann damit ein wichtiger Baustein bei der Generationenaufgabe der Integration sein.

Anerkennung und Rückhalt

Damit diese Initiativen weiter erfolgreich wirken können, brauchen die Haupt- und Ehrenamtlichen in der Arbeit mit Geflüchteten mehr Unterstützung. Nachdem im letzten Jahr das große Engagement einhellig begrüßt wurde, ist es inzwischen deutlich aus der öffentlichen Wahrnehmung verschwunden. Man wünschte sich eine weiterhin differenzierte Berichterstattung der vielfältigen Aktivitäten an der Basis.

Schlimmer aber ist: Mancherorts treffen die Aktiven auf inhaltlichen Widerstand und offene Ablehnung. Zum Teil ist es auch schon zu Übergriffen auf Freiwillige gekommen. Es darf in einer offenen und demokratischen Gesellschaft nicht sein, dass sich diejenigen rechtfertigen müssen, die sich einbringen und das soziale Leben positiv mitgestalten. Hier ist Zivilcourage gefordert. Und insbesondere die Politik müsste starke, klare Zeichen setzen.



„Die Menschen, die sich vor Ort engagieren, verdienen unsere Wertschätzung. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration der Geflüchteten in unsere Gesellschaft. Die Politik aller föderalen Ebenen muss ihnen den Rücken stärken und sie in ihren Aktivitäten weiter unterstützen.“

(Willi Brase, Vorsitzender des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag)

Herausgeber:
Bundesarbeitsgemeinschaft
Seniorenbüros e.V.
Thomas-Mann-Str. 2-4
53111 Bonn

ViSdPG:
Gabriella Hinn, Geschäftsführung
Tel.: 0228 – 61 40 74
E-Mail: bas@seniorenbueros.org
www.seniorenbueros.org

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



UNTERSTÜTZEN SIE GEFÜCHTETE MENSCHEN.
ÜBERNEHMEN SIE EINE PATENSCHAFT.
WIE WOLLEN SIE TELEFON: 02 0 800 200 50 70
www.menschen-staerken-menschen.de
info@wegweiser-bafg.de